



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Soziales, Gesundheit,
Integration, Kinder und Familie -

Tagesordnung I Punkt 7 der öffentlichen Sitzung am 28. Februar 2018

Vorlagen-Nr. 18-F-33-0002

Sozialpädagogische Fachkräfte an Grundschulen - Antrag der Fraktionen von SPD und CDU vom 21.02.2018 -

Die Hessische Landesregierung hat 400 Stellen zur sozialpädagogischen Unterstützung an hessischen Grundschulen geschaffen, die in den nächsten Wochen besetzt werden sollen. Auch vielen Wiesbadener Grundschulen wurden im Rahmen dieses Investitionspaketes Stellen in unterschiedlichem Umfang zugewiesen.

Die Zuweisung fand jedoch ohne Zusammenarbeit mit den Jugendämtern vor Ort statt, die an vielen Grundschulen bereits sozialpädagogische Angebote, wie die Betreuende Grundschule oder Schulsozialarbeit, vorhalten. Das Aufgabenspektrum der sozialpädagogischen Fachkräfte ist sehr weit gestreut und beinhaltet beispielsweise kollegiale Fallberatung bis hin zu zusätzlichen Unterrichtsangeboten wie Deutsch für Migranten. Dies kann zu Herausforderungen an den Schulen führen, da hier eine erhöhte Abstimmung und Koordination zwischen den neuen, den bereits bestehenden Angeboten und dem Lehrerkollegium nötig sein wird.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration, Kinder und Familie möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. wie die Zuteilung der zusätzlichen sozialpädagogischen Fachkräfte an die Wiesbadener Grundschulen konkret aussieht,
2. ob es mittlerweile eine Kommunikation zwischen dem Kultusministerium und dem Bildungsdezernat bezüglich des Einsatzes und der Verteilung der zusätzlichen sozialpädagogischen Fachkräfte an Grundschulen gibt,
3. ob bei der Verteilung der Stellen durch das Land die Erkenntnisse der kommunalen Sozialplanung zu den einzelnen räumlichen sozialen Bedarfslagen berücksichtigt wurden,
4. ob das Land bei der Verteilung der Stellen den hessischen Sozialindex berücksichtigt hat,
5. welche Aufgaben die zusätzlichen sozialpädagogischen Fachkräfte an Grundschulen übernehmen werden, und
6. welche Schnittstellen sich zu bereits vorhandenen kommunalen sozialpädagogischen Angeboten ergeben und welche Regelungsbedarfe sich daraus ableiten.

Beschluss Nr. 0029

Der Antrag wird angenommen.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .03.2018

Rutten
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .03.2018

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .03.2018

Dezernat VII
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Gerich
Oberbürgermeister